

Stadtkanzlei
Rathaus, 3602 Thun
Tel. 033 225 82 21, Fax 033 225 82 02

PROTOKOLL

STADTRAT VON THUN

Sitzung 10/09 vom 5. November 2009, 17.00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Renate Begré Damen und Herren Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht, Vreni Balmer, Jonas Baumann, Markus Bieri, Markus Binggeli, Alfred Blaser, Silvia Brandenberger, Christine Buchs, Jürg Dällenbach, Andrea de Meuron, Marianne Dumermuth, Peter Dütschler, Peter Fahrni, Martin Frei, Denise Gafner, Roman Gimmel, Thomas Gruber, Franziska Gyger, Konrad Hädener, Thomas Hiltpold, Christina Jaccard, Daniel Jacobsen, David Külling, Raphael Lanz, Rolf Marti, Thomas Notter, Carlos Reinhard, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Max Sager, Hans-Peter Steiner, Ursula Stöckli, Matthias Wiedmer, André Wyttenbach
Gemeinderat	Stadtpräsident Hans-Ueli von Allmen, Gemeinderätin Jolanda Moser, Gemeinderäte Andreas Lüscher und Peter Siegenthaler
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Fabienne Feller
Entschuldigt	Stadträtin Claudine Beutler, Stadträte Michael Lüthi, Christoph Peter und Philippe Tobler Gemeinderätin Ursula Haller

Die **Stadtratspräsidentin** eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Sie gratuliert der abwesenden Gemeinderätin Ursula Haller und Reto Vannini zur Hochzeit und wünscht ihnen alles Gute. Zudem gratuliert die Stadtratspräsidentin Stadtrat Jonas Baumann und seiner Frau Rebekka zur Geburt ihres Sohnes Noam Elio und wünscht der Familie alles Gute.

88. Protokoll

Genehmigung des Stadtratsprotokolls vom 17. September 2009

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

89. Kommissionen

Ersatzwahl von Kurt Landolf (SP) in die Wahlkommission anstelle der zurückgetretenen Änni Dähler-Jecker

Bericht des Gemeinderates Nr. 24/2009

Der **Rat** genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. c) Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. Oktober 2009, beschliesst:

1. Von der Demission von Änni Dähler-Jecker per 10. Februar 2009 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für die zurückgetretene Änni Dähler-Jecker wird per sofort als Mitglied in die Wahlkommission gewählt: **Kurt Landolf**, geb. 11. Oktober 1953, von Büren zum Hof BE, Psychologe lic. phil., wohnhaft Länggasse 23, 3600 Thun, und zwar für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2010 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

90. Kommissionen

Ersatzwahl von Urs Frey in die Schulkommission anstelle der zurückgetretenen Sandra Rupp Gyger

Bericht des Gemeinderates Nr. 25/2009

Der **Rat** genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. c) Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 16. Oktober 2009, beschliesst:

1. Von der Demission von Sandra Rupp Gyger per 31. Juli 2009 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für die zurückgetretene Sandra Rupp Gyger wird per sofort als Mitglied in die Schulkommission gewählt: **Urs Frey**, geb. 26. März 1948, von Steffisburg BE, Stv.-Leiter Amt für Stadtliegenschaften, wohnhaft Riedeggstrasse 4, 3626 Hünibach, und zwar für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2010 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

91. Rechtsetzung: Datenschutzreglement

Teilrevision; Anpassung an übergeordnetes Recht

Bericht des Gemeinderates Nr. 26/2009

Peter Dütschler, **SAKO 1**, informiert, dass die SAKO einstimmig die Annahme empfiehlt.

Der **Rat** genehmigt einstimmig folgenden Stadtratsbeschluss

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 lit. a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 25. September 2009, beschliesst:

1. Die Teilrevision des Datenschutzreglements wird genehmigt.
2. Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 27 Stadtverfassung.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

92. Betriebsführung Kultur- und Kongresszentrum Thun (KKThun)

Wahl des künftigen Betreibers des Kultur- und Kongresszentrums Thun

Bericht des Gemeinderates Nr. 27/2009

Die **Stadtratspräsidentin** weist auf die Tischvorlage hin.

Peter Dütschler, **SAKO 1**, informiert, dass die SAKO einstimmig die Annahme empfiehlt. In der Beratung ging es vor allem darum, wie die AG gegründet wird und wer die Risiken trägt. Man konnte im Bericht sehen, dass es grosse Differenzen zwischen den Schätzungen der Privatwirtschafter und der Stadt Thun bezüglich der Anzahl möglicher Anlässe gab. Auch die Kontingente und die Gewinnverteilung gaben zu reden: Im Bericht steht, dass ein allfälliger Gewinn zur Hälfte an die Stadt geht. Dies stand aber nirgends im Vertrag, da darüber anscheinend erst nachträglich verhandelt wurde. Die Betreiber haben bei der SAKO einen sehr guten Eindruck hinterlassen.

Peter Dütschler fügt sein Votum im Namen der **FDP-Fraktion** an. Auch die Fraktion unterstützt das Geschäft und freut sich über die kostengünstige Version. Als Touristiker sieht Peter Dütschler die grosse Ausstrahlung eines solchen Zentrums positiv. Der volkswirtschaftliche Nutzen ist ebenfalls da. Die Fraktion hat grosses Vertrauen in die zukünftigen Betreiber. Nach allem, was diese bis jetzt schon geleistet haben, können sie eigentlich nur verlieren.

Verena Balmer, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass seit diesem Frühling der Schadausaal ausgebaut wird. Es handelt sich aber erst um eine Hülle ohne Inhalt. Die Fraktion hat sich gefragt, ob die Betriebsführung des KKThun nicht eine Kernaufgabe der Stadt sei. Dies ist klar zu verneinen. Das Know-how seitens der Stadt müsste zuerst erarbeitet oder die entsprechenden Fachpersonen angestellt werden. Beides scheint unrealistisch. Know-how haben die Spezialisten bzw. die entsprechenden Unternehmen. Die Partner TRANSfair und Eclipse wollen den prädestinierten Daniel Schneider als Geschäftsführer anstellen. Er kann in Zukunft Anlässe nach Thun holen. Dass die gastronomischen Infrastrukturen vom Betreiber bezahlt werden sollen und nicht von der Stadt, ist nicht optimal. Was passiert beispielsweise, wenn der Betreiber wechselt oder sogar Konkurs geht? Man kann nur hoffen, dass das nicht passiert. Die Vorlage zeigt klar auf, dass das finanzielle Risiko bei der Stadt grösser ist als beim Betreiber. Positiv ist für die Fraktion, dass die Stadt Thun einen Vertreter in den Verwaltungsrat schicken kann. Damit ist gewährleistet, dass die Stadt Thun genügend Einblick hat. Die Fraktion geht davon aus, dass der Betreiber den komplexen Vertrag erfolgreich erfüllen wird und die Thuner Vereine ihre versprochenen Kontingente bekommen werden. Die Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen und hofft, dass

die Betreiber in naher Zukunft schwarze Zahlen schreiben werden und das KKThun zu einem Vorzeiprojekt machen werden. Sie vertraut darauf, dass die Betreiber die Auflagen erfüllen werden. Es freut die Fraktion, dass die zukünftigen Betreiber aus Thun kommen und der momentan leeren Hülle Leben einhauchen werden. Dafür wünscht die Fraktion viel Glück.

Konrad Hädener, **Fraktion CVP+EVP**, ist sehr positiv davon überrascht, dass der Zuschlag in dieser Ausschreibung bezüglich der Betriebsführung des KKThun an in Thun verwurzelte Firmen gegangen ist. Sie kennen die lokalen Verhältnisse und Gegebenheiten. Es ist klar, dass der vorliegende Vertrag das Resultat von harten Verhandlungen ist. Es ist nicht die Rolle des Stadtrates, jetzt nachträglich über Detailregelungen zu verhandeln. Es werden heute zwei Kreditbeschlüsse gefällt und die Fraktion sieht keinen Grund, diese Kredite zu verweigern. Klar ist auch, dass der Betrieb des KKThun für die Trägergesellschaft risikobehaftet ist und die Stadt der Gesellschaft nicht restlos alle Risiken übertragen kann. Die vorgeschlagene Teilung von Risiko und Gewinn ist fair und die erste Vertragsperiode von sechs Jahren ist angemessen. Mühe hat die Fraktion eigentlich nur mit dem Vertrag, der in vielen Belangen mehr Fragen aufwirft, als er zu beantworten versucht. In allen Bestrebungen zur finanziellen Absicherung beider Parteien sollte man nicht vergessen, dass man mit dem Betreiber des zukünftigen KKThun ganz wesentliche gemeinsame Interessen hat. Stadtrat Hädener hat heute zum ersten Mal das neue Logo des Swiss Economic Forum gesehen und festgestellt, dass der gelbe Thuner Stern durch einen standortneutralen grauen Punkt ersetzt wurde. Er hofft, dies signalisiere nicht einen Standortentscheid. Es zeigt aber mindestens, dass an dieser Front gekämpft werden muss. Die Fraktion glaubt, dass man mit TRANSfair und Eclipse gute Karten gezogen hat und wird zustimmen.

Raphael Lanz, **SVP-Fraktion**, sieht es ebenfalls als positiv an, dass die Betreiber lokal verankert sind und hat Vertrauen in die Fachkompetenz dieser Unternehmen. Es wird sogar der Gewinn hälftig geteilt. Bevor man aber angesichts dessen allzu euphorisch wird, muss man beachten, dass im Bericht steht: „Das KKThun wird in den gegebenen Rahmenbedingungen nicht kostendeckend betrieben werden können.“ Die Gewinnverteilung wird also in der Praxis wohl eher nicht zur Anwendung kommen. Die Kosten könnten ein Problem für die Stadtrechnung darstellen. Die Fraktion ist sich nicht sicher, ob bei der Genehmigung der Investition allen bewusst war, dass jährliche Folgekosten von immerhin durchschnittlich mehr als einer halben Million Franken auf die Stadt zukommen. Die Fraktion anerkennt aber, dass es nicht anders möglich ist und ist der Meinung, dass faktisch gar keine andere Option offen steht. Man ist in gewisser Hinsicht unter Zeitdruck, da man jetzt schon beim Ausbau mitreden kann. Zudem steht im Bericht, dass der Betrieb durch die Stadt selber nicht günstiger wäre. Die Fraktion schliesst sich den positiven Wünschen an, hofft, dass die Gewinnverwendungsregelung zur Anwendung kommt und stimmt dem Vertrag zu.

Thomas Hiltpold, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass die Thunerinnen und Thuner 2007 nicht primär ein neues Gebäude wollten, sondern ein verbessertes Kulturangebot. Jetzt geht es um den Inhalt, um die Kultur, die uns bereichern soll. Für eine Stadt, die für sich in Anspruch nimmt, eine Kulturstadt zu sein, ist Kultur das Salz in der Suppe und nicht gratis zu haben. Es ist leider so, dass viele Sparten im Kulturbereich nur mit mindestens teilweiser Subventionierung funktionieren können. Es muss für die Stadt Thun nicht ein reines Gewinngeschäft sein, sondern man muss den Thunerinnen und Thunern das Versprochene bieten. Es handelte sich um ein nicht alltägliches Ausschreibungsverfahren, am Schluss war ein valabler Bewerber übrig. Als Alternative stand einzig die Verwaltung noch zur Verfügung. Die Gründe, warum man von dieser Variante nicht Gebrauch machen will, sind überzeugend. Ein lokaler Betreiber ist mit den lokalen Gegebenheiten vertraut und hat im Gegensatz zur Stadt ein Netzwerk, welches über Thun weit hinaus geht. Unschön ist, dass es eine jährliche finanzielle Belastung sein wird und die Stadt im schlechtesten Zeitpunkt trifft. Man hat die Hoffnung, dass der gesunde Ehrgeiz der Betreiber dazu führt, dass die zurückhaltenden Prognosen schon relativ bald übertroffen werden. An dieser Stelle möchte Stadtrat Hiltpold sein Lob und seine Anerkennung für die Durchführung des Verfahrens aussprechen. Die Stadt Thun hatte bezüglich eines solchen Verfahrens nur wenige Erfahrungswerte und er konnte als Mitglied der SAKO 1 feststellen, dass behutsam und laufend informiert wurde. Das Resultat gibt der Stadt Recht, es war nicht einfach, in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit einen Betreiber zu finden. In diesem Sinne dankt Herr Hiltpold für die geleistete Arbeit. Der einzige Wermutstropfen ist die Redaktion des Vertragstextes, vielleicht hat hier die nötige Zeit gefehlt. Die Fraktion unterstützt das Geschäft einstimmig.

Stadtpräsident Hans-Ueli von Allmen dankt für die Würdigung und möchte den im Saal anwesenden Betreibern sagen, dass es für den Gemeinderat nicht üblich ist, vom Stadtrat so gelobt zu werden. Die gute Aufnahme freut ihn auch für den Leiter der Kulturabteilung, Philipp Burkard, welcher hier mit einer eher unüblichen Aufgabe betraut wurde. Beim Aufsetzen des Vertrages vertraute man auf das Know-how von Daniel Frei, Verwaltungsratspräsident der Kongress+Kursaal AG Bern, als Kenner der Materie. Man stützte sich auf sein Fachurteil. Man muss akzeptieren, dass es sich vorliegend möglicherweise um branchenübliche Formulierungen und Aussagen handelt. Es ist gut, wenn man im Rat nicht zu hohe Erwartungen bezüglich des Gewinns hat, aber beide Betreiber sind ehrgeizige Unternehmen und wollen weiterkommen, neue Aufträge erhalten und Arbeitsplätze schaffen. Deshalb kann man zuversichtlich sein. Er freut sich, dass ein deutlicher Entscheid des Stadtrats den zukünftigen Betreibern den Rücken stärken wird.

Der **Rat** genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 lit. c und Artikel 66 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. Oktober 2009, beschliesst:

1. Kenntnisnahme, dass der Gemeinderat der KK Thun AG (noch zu gründen durch die beiden Firmen "TRANSfair – Dienstleistungen die bewegen" und "Eclipse Technique de Spectacle SA" mit je hälftiger finanzieller Beteiligung) den Auftrag zum Betrieb des künftigen Kultur- und Kongresszentrums Thun (KKThun) für die Vertragsdauer ab Vertragsunterzeichnung bis 31. Dezember 2015 erteilt, unter Vorbehalt von Beschlussesziffern 2 und 3 hiernach.
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites als Rahmenkredit von total Fr. 980'000.--. Dieser dient zur Abgeltung eines Barbeitrages der Stadt von insgesamt max. Fr. 980'000.-- während der Vertragsdauer von sechs Jahren (2010 bis 2015). Der Gemeinderat wird beauftragt, die jeweilige jährliche Tranche zu bestimmen und in den Voranschlag aufzunehmen. Die Höhe des Barbeitrages wird anhand des Ergebnisses der Jahresrechnung der KK Thun AG festgesetzt (vgl. Ziffer 8.3 des Betriebs- und Nutzungsvertrages). Die jährliche Auszahlung ist auf Fr. 500'000.-- begrenzt. Bei der definitiven Festsetzung des jährlichen Barbeitrages ist nach Möglichkeit die aktuelle Liquiditätslage der Betreiberin zu berücksichtigen.
3. Bewilligung eines Verpflichtungskredites als Rahmenkredit von total Fr. 1'730'000.--. Dieser dient zur Abgeltung der vereinbarten Kontingente gemäss Ziffer 7.2. des Betriebs- und Nutzungsvertrages für die Jahre 2011 bis 2015.
4. Ziffer 2 und 3 dieses Beschlusses unterstehen dem fakultativen Referendum nach Artikel 27 der Stadtverfassung.
5. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

93. Motion M 3/2009 betreffend Parkplatzangebot rund um das Lachenareal

FDP-Fraktion vom 25. Juni 2009; Beantwortung

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, hat die Antwort mit Befriedigung und grosser Freude zur Kenntnis genommen. Die geforderte Analyse wurde umfassend erstellt und die geltenden Rahmenbedingungen dabei berücksichtigt. Die Situationsanalyse der Parkplatzsituation Lachenwiese hat zur Erarbeitung von vier Lösungsvarianten geführt. Der Vorschlag zur Erstellung einer provisorischen Lösung, beschränkt auf sieben Jahre, erscheint zweckmässig. Endlich ist eine Lösung vorhanden, die auch realisierbar ist. Es spricht für die Qualität der Lösung, dass sie von der Interessengemeinschaft Schadau und dem Dürrenast-Leist mehrheitlich getragen wird. Natürlich scheinen die Kosten für das Provisorium auf den ersten Blick hoch, es ist aber zu berücksichtigen, dass minimale Qualitätsansprüche gestellt werden müssen. Es handelt sich schliesslich um einen Neubau. Die Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die Arbeit und bittet den Stadtrat, die Motion anzunehmen und im Sinne der Beantwortung abzuschreiben.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, informiert, dass sich die Fraktion erst noch kurz mit der Frage beschäftigte, ob die Motion überhaupt motionsfähig sei. Die Frage wurde dann aber offen gelassen. Die Fraktion ist auch der Meinung, dass im Gebiet Lachenareal aufgrund der Neuüberbauungen ein Parkplatzproblem besteht, insbesondere mit dem Bau des KKThun und dem geplanten Hotel Lachenkanal. Bereits heute ist die Situation an Spitzentagen prekär. Die zum Teil vorgebrachte Gleichung „weniger Parkplätze gleich weniger Verkehr“ ist nach Ansicht der Fraktion nicht zutreffend. Weniger Parkplätze verursachen eher noch mehr Suchverkehr, auch wenn es wünschenswert wäre, dass die Leute auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Für die Fraktion besteht aus diesem Grund Handlungsbedarf. Von den vom Gemeinderat geprüften Varianten bevorzugt die Fraktion die Variante 3. Man kann jedoch nicht von einer überzeugenden Lösung sprechen, da es sich erneut wieder nur um ein Provisorium handelt und keine dauerhafte Lösung vorliegt. Es ist zu hoffen, dass nach den sieben Jahren eine definitive Lösung gefunden werden kann. Stadtrat Wiedmer möchte noch auf einen Punkt zurückkommen. Anlässlich der Stadtratssitzung vom 20. August 2009 hat sich die Fraktion nämlich erfolglos gegen die Sanierung der Seestrasse eingesetzt. Im damaligen Bericht stand unter anderem „Mit dem Fussweg erhalten die zu Fuss Gehenden zukünftig eine legale und attraktive Verbindung zwischen dem KKThun und der Mönchstrasse.“ Es stellt sich die Frage, ob der Weg entlang eines Parkplatzes als attraktiv bezeichnet werden kann. Es ist zwingend, dass mit dem Bau des vorgesehenen Parkplatzes erst angefangen wird, wenn man sicher ist, dass das Hotel am Lachenkanal auch gebaut wird. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Thomas Gruber, **SP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion die Motion überweisen und gleichzeitig abschreiben wird. Die Verwaltung hat der Fraktion auf Anfrage mitgeteilt, dass die Kosten für den Rückbau in den 650'000 Franken enthalten sind. Im Gebiet gibt es enorm viele Bauvorhaben. In ein paar Jahren ist man also wieder genau gleich weit. Es ist ein Druck auf das gesamte Gebiet vorhanden. Der Gemeinderat soll in der nächsten Legislatur dafür sorgen, bei wichtigen privaten Bauprojekten dabei zu sein und die Interessen der Öffentlichkeit wahrzunehmen.

Für Suzanne Albrecht, **Fraktion Grüne**, hat die Beantwortung der Motion einige Fragen aufgeworfen. Zum Beispiel bei der Variante 2: Unklar ist, ob man die Variante eines Shuttlebusses auch abgeklärt hat. Es gibt ja auch andere Veranstaltungen im Schadausaal, die mit Shuttlebussen arbeiten. Die Übergangslösung scheint machbar, es gibt aber Befürchtungen, dass aus dem Provisorium ein „Providorium“ wird, also der Parkplatz immer wieder verlängert wird. Für die Fraktion wäre es wichtig gewesen, dass mindestens ein Ansatz für eine dauerhafte Lösung aufgezeigt worden wäre. Im Parkraumkonzept der Stadt Thun steht auch nichts von einer dauerhaften Lösung. Die Fraktion hat dem Terminplan unter Punkt 2 entnommen, dass eine Baubewilligung im Frühling 2010 erwartet wird. Sie stellt jetzt die Frage, ob das so stimmt. Zudem hat sie eine Frage zu den Baukosten: Handelt es sich um eine Gemeinderatskompetenz und damit um eine Spezialfinanzierung? Es bleiben einige Fragen und damit viel Interpretationsspielraum offen. Die Fraktion lehnt die Motion deshalb ab.

Gemeinderätin Jolanda Moser freut sich über die positiven Reaktionen. Auf die Frage von Frau Albrecht antwortet sie, dass es sich um eine Spezialfinanzierung handelt, da die Gemeinderatskompetenz bis zu einer Million Franken geht. Die Baubewilligung für das Hotel am Lachenkanal wird gemäss neuster Auskunft dieses Jahr erwartet. Aber es geht erst einmal um die Bewilligung des Regierungsstatthalters und man muss mit langen einsprachebedingten Verzögerungen rechnen. Die Variante Shuttlebus selber wurde nicht abgeklärt, aber es fanden Gespräche, beispielsweise mit Coop, statt. Ein solches Vorhaben muss den ganzen Bewilligungslauf passieren. Frau Moser hofft, alle Fragen beantwortet zu haben. Wenn es Alternativen gäbe, dann hätte der Gemeinderat selbstverständlich kein Provisorium vorgeschlagen. Kreative Ideen sind immer gefragt und sie appelliert an den Rat, Lösungen zu präsentieren. Eine definitive Lösung wird sich mit der Entwicklung des Gebiets aufzeigen. Zum Fussweg: Es ist klar, dass es noch attraktivere Fusswege gibt. Aber vor Kurzem wurde im Rat der Umbau der Seestrasse diskutiert und damit auch das Trottoir auf der anderen Seite des KKThun, welches eine durchaus attraktivere Verbindung darstellt. Der Druck ist da, eine gute Lösung, auch für die Zukunft, bieten zu können. Ein erster Schritt ist gemacht. Frau Moser dankt für die mehrheitlich positive Aufnahme.

Der **Rat** nimmt die Motion mit 31 zu 5 Stimmen an.

Der **Rat** schreibt die Motion mit 31 zu 5 Stimmen ab.

94. Postulat P 9/2009 betreffend Überbauung Schadaugärtnerei (dringlich)

Baumann-Fuchs Jonas (EVP) vom 20. August 2009; Beantwortung

Stadtpräsident Hans-Ueli von Allmen vertritt die abwesende Gemeinderätin Ursula Haller. Einleitend hält er fest, dass Gemeinderat und Verwaltung bisher bereits darauf hingewirkt haben, dass das Projekt der Wohnüberbauung soweit überarbeitet wird, dass Kanton und Fachjury sich einverstanden erklären können. Das zweite Baugesuch entspricht diesen Vorgaben. Die kantonale Denkmalpflege hat bestätigt, dass das Projekt den Anforderungen der kantonalen Denkmalpflegekommission entspricht. Die Fachjury ist mit dieser Projektänderung ebenfalls einverstanden. Das Bauvorhaben ist grundsätzlich zonenkonform und bewilligungsfähig. Am 30. Oktober haben die Gemeinderätinnen Ursula Haller und Jolanda Moser mit Regierungsrätin Barbara Egger ein Gespräch geführt. Es ging dabei darum, den Kanton zu bewegen, von sich aus mit dem Investor Gespräche zu führen, um eine Redimensionierung des Projekts zu erreichen. Die Rechtslage ist jedoch eindeutig. Der Kanton ist an den Vertrag mit dem Investor gebunden und kann den Vertrag nicht einseitig ändern. Würde der Kanton den rechtsgültigen Vertrag ändern wollen, würde der Investor Schadenersatzforderungen stellen. Es ist verständlich, dass vom Kanton kein Vertragsbruch verlangt werden kann. Das Gespräch hat gezeigt, dass der Kanton jedoch gegen eine Vertragsänderung nicht opponieren würde, wenn die Stadt den Investor dafür gewinnen kann. Allfällige finanzielle Folgen für den Kanton, zum Beispiel die Reduktion des Kaufpreises, hätte allerdings die Stadt zu tragen. Der Stadtpräsident betont, dass die Stadt jedoch nur ausserhalb des laufenden Bewilligungsverfahrens handeln könnte. Sie müsste auf jeden Fall den Investor entschädigen. Die bisherigen Aufwendungen für Planung und Projektierung betragen einige Millionen Franken. Die Entschädigung würde also in Millionenhöhe liegen und würde sicher in die Kompetenz des Stadtrates fallen. Ohne konkreten Auftrag des Stadtrates wird der Gemeinderat nicht in solche Verhandlungen steigen.

Jonas Baumann (EVP) dankt dem Gemeinderat für die geschilderten Bemühungen. Man spürt aber, dass der Stadt die Hände gebunden sind und man nicht mehr viel bewegen kann. Die Gegend hat unsere Sensibilität und unseren Einsatz verdient, mehr ist scheinbar nicht möglich. Stadtrat Baumann wünscht sich, dass man versucht, solche Situationen in Zukunft zu verhindern.

Sandra Ryser, **SVP-Fraktion**, erinnert an die SVP-Motion von Mai 2009, welche eine Überbauungsordnung für dieses Gebiet ausarbeiten lassen wollte. Diese Motion war dann leider nicht motionsfähig. Das geschichtsträchtige Gebiet im Herzen von Thun hätte eine viel sensiblere Planung verdient. Auf diesem Gebiet liegt schon genug Druck und man hätte besser planen müssen. Jetzt ist es zu spät.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, versteht grundsätzlich das Anliegen, aber es kommt einfach zu spät. Das Projekt ist zu weit fortgeschritten, der Stadt sind tatsächlich die Hände gebunden. Zurück bleibt die bittere Erkenntnis, dass der Rat sowie die Betroffenen es unterliessen, im richtigen Moment zu intervenieren. Etwas ist aber noch offen, es stellt sich nämlich eine Wertungsfrage für Thun. Das Baureglement kennt ja Ortsbildgebiete und andere Gebiete, welche einen besonderen Schutz geniessen. Da stellt sich die Frage, wo eigentlich das Gewicht liegt beim Ortsbildschutz. In Art. 33 des Baureglements steht, dass man solche Gebiete - und da gehört das Schadaugebiet ausdrücklich dazu - grundsätzlich bewahren und eine behutsame Entwicklung will. Fraglich ist, was man angesichts des vorliegenden Projekts unter Behutsamkeit versteht. Stadtrat Hiltbold persönlich ist der Ansicht, man hätte mehr machen können. Tatsache ist, dass im Wettbewerbsverfahren die Fachjury und die betroffenen Direktionen ihren Spielraum zu wenig ausgenutzt haben. Er wird den Eindruck nicht los, dass bei der zweifellos berechtigten Suche nach guten Steuerzahlern der Blick auf unser kulturelles Erbe im Bereich Städtebau etwas getrübt wird. Zugespielt kann man sagen, Renditebauten für gehobenes Wohnen gehen vor Ortsbildschutz. Die nächste Probe aufs Exempel wird demnächst der Schlossberg sein. Die Fraktion unterstützt das Postulat aus symbolischen Gründen.

Marianne Dumermuth, **SP-Fraktion**, kann alles nachvollziehen, was Thomas Hiltbold sagte. Es handelt sich um ein ganz empfindliches Gebiet. Die Zukunft wird erst zeigen, wie schlimm oder eben nicht das Projekt wirklich ist. Es besteht die Chance, dass man in einigen Jahren sagen kann, dass das Projekt doch nicht so schlecht war. Es wurde schon häufiger gesagt, dass der Zonenplan grossmehrheitlich vom Thuner Stimmvolk angenommen wurde. Dies ist ein wichtiger Punkt, denn bei einem Zonenplan wird alles in einem grossem Rahmen geplant und anscheinend hatte man damals den Eindruck, im

Gebiet Schadau könne man so ein Projekt realisieren. Des Weiteren passt das Projekt in die Strategie Stadtentwicklung unter Punkt 6: Die Stadt soll sich nach innen entwickeln und nach innen erneuern können. Das Projekt entspricht genau diesem Grundsatz. Zudem sichert ein Wettbewerb eine gute städtebauliche Qualität. Es ist nicht so, dass eine Überbauungsordnung etwas geändert hätte, da diese auch in der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Falls man am Projekt jetzt etwas ändern würde, würde die Stadt deutlich entschädigungspflichtig. Nach all diesen Überlegungen nimmt die Fraktion das Postulat an.

Der **Rat** nimmt das Postulat mit 34 Stimmen an.

95. Postulat P 8/2009 betreffend Lancierung eines Projekts zur Förderung erneuerbarer Energien

Fraktion Grüne vom 25. Juni 2009; Beantwortung

Martin Frei, **Fraktion Grüne**, ist der Meinung, dass es sich um einen kleinen Schritt in die richtige Richtung handelt. Einerseits tragen solche Massnahmen dazu bei, Treibhausgase zu reduzieren und andererseits kann man durch den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien Einsparungen bei den fossilen Brennstoffen bewirken. Zusätzlich wird auch die regionale Wirtschaft davon profitieren. Schade ist, dass die Förderung so extrem spät lanciert wird. Dies ist unter anderem ärgerlich für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger der Stadt Thun, die seit Jahren aus eigener Initiative in erneuerbare Energien investieren. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso bis zur Umsetzung noch ein ganzes Jahr vergehen soll. Das Legislaturziel ist aus dem Jahr 2007 und es handelt sich hierbei nicht um eine Pioniertat. Die Stadt Thun ist ja Mitglied im Klimabündnis Städte Schweiz, welches als Ziel auch die Förderung erneuerbarer Energien hat. Die Stadt Baden beispielsweise unterstützt verschiedene Massnahmen in diesem Bereich seit 1996. Die Stadt Bern hat seit 2006 ein Ökofonds-Reglement; dieses könnte man für die Stadt Thun anpassen. Die Stadt Luzern hat ebenfalls einen Energiefonds, die Stadt Thun muss also nichts Neues erfinden. Die Fraktion fragt sich, wann Thun von diesen Erfahrungen profitieren will und hofft auf eine Beschleunigung dieses Prozesses. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

André Wytenbach, **SVP-Fraktion**, macht darauf aufmerksam, dass sich die Solartechnologie noch nicht so weit verbreitet hat, wie erwartet und erhofft wurde. Es braucht Anreize. Die Fraktion findet, dass das Postulat in die richtige Richtung geht. Wichtig ist aber auch, dass man die Kosten im Griff hat. Man muss über den Aufwand, über die Finanzierung usw. Bescheid wissen. Die Fraktion hätte diese Themen heute gerne noch behandelt und ist gespannt, wie es weiter geht. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion das Postulat annimmt. Auch hier geht es aber wieder um das Geld. Man sollte jene prämiieren, die etwas machen. Man kann auch ohne Geldfluss prämiieren, beispielsweise indem man einen Bericht schreibt oder die besten Projekte auf der Homepage der Stadt Thun präsentiert und im Thun-Magazin erwähnt.

Jürg Dällenbach, **Fraktion CVP+EVP**, erklärt, dass in der Fraktion die Schaffung eines Förderfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien nicht auf unüberwindbare Hindernisse gestossen ist. Ob es wirklich richtig ist, in einer so angespannten Finanzsituation eine zusätzliche Zweckbindung für unser doch schon rares Geld zu bilden, ist eine politische Frage und muss noch ausführlicher diskutiert werden. Über die Finanzierung des Fonds ist man hingegen in der Fraktion erstaunt. Im vorliegenden Bericht ist die Rede beispielsweise von Geld aus der Energie Thun AG. Wieso soll gerade das Geld von dort eingesetzt werden? Der Zusammenhang wird relativ willkürlich hergestellt. Wahrscheinlich wäre es besser, einen Teil oder den ganzen Vollzugsbeitrag der Investoren von Thun Süd, welcher an die Stadt gezahlt werden muss, für diesen Fonds einzusetzen. Angesichts der Tatsache, dass nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, ist es wichtig, dass das Reglement gut und sicher umschreibt, für was die Beträge gesprochen werden können. Gemäss der Fraktion soll der Fonds spezielle Projekte unterstützen. Die Fraktion überweist das Postulat einstimmig.

Daniel Jacobsen, **SP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion das Postulat einstimmig unterstützt. Eigentlich wird jetzt nicht über die Sache, sondern über Geld geredet. Man muss Freude haben, dass das Legislaturziel G 13 endlich in Angriff genommen wird.

Der **Rat** nimmt das Postulat einstimmig an.

96. Interpellation 10/2009 betreffend Meilensteine zum Erreichen der umweltpolitischen Legislaturziele G 6 und G 13

Fraktion Grüne vom 25. Juni 2009; Beantwortung

Gemeinderätin Jolanda Moser erinnert daran, dass der Gemeinderat die Annahme des vorangehenden Postulats empfohlen hat. Die Prüfungen diesbezüglich sind im Gange, die Gespräche werden geführt, aber es liegt noch keine Lösung vor. Die Antwort auf die Interpellation hat der Gemeinderat schon Ende September behandelt. Seither hat sich im Bereich Energie einiges getan. Beispielsweise wird die Eigentümerstrategie mit der Energie Thun AG überarbeitet. Der Prozess für Energie-Stadt ist voll im Gange. Der externe Berater ist dabei, den Handlungsbedarf abzuklären und der Stadt aufzuzeigen. Weiter wurde für die Gebäudeenergiestrategie das Vorgehen geklärt. Am 10. November 2009 wird von der Projektdelegation, der Begleitgruppe und dem Projektteam der vorliegende Entwurf über den regionalen Richtplan Energie verabschiedet. Dieser Entwurf wird voraussichtlich im Dezember in der SAKO diskutiert. Dies sind die wichtigsten Eckpunkte. Gemeinderätin Jolanda Moser bittet, diese Entwicklungen im Gedächtnis zu behalten.

Martin Frei, **Fraktion Grüne** erklärt sich teilweise befriedigt.

Die Diskussion wird gewünscht.

Der **Rat** stimmt der Diskussion zu.

Martin Frei, **Fraktion Grüne**, bedankt sich für die zusätzlichen Informationen. Trotzdem, wenn man liest, was bis jetzt getan wurde, muss man sagen, dass das Tempo dieser Entwicklungen ungenügend ist. Wenn man die Liste der Aktivitäten liest, merkt man, dass der Gemeinderat den zwei Legislaturzielen sehr wenig Priorität zugemessen hat. Man hat beispielsweise das Projekt Energie-Stadt zwei Jahre sistiert, was nicht ganz nachvollziehbar ist. In der gestrigen NZZ hat Martin Frei eine Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Klimakongresses Kopenhagen gelesen. Das Thema war „Mauern einreissen“. Angela Merkel sagte, Nichtstun in der Klimapolitik sei auch mit Blick auf die technische und wirtschaftliche Entwicklung unverantwortlich. Eine der Schlussfolgerungen des Kongresses war: „Business as usual is dead“. Durch die fehlende Priorisierung dieser zwei Legislaturziele macht die Stadt Thun einen folgenschweren Fehler. Die Kosten für das, was jetzt verpasst wird, müssen unsere Kinder und Enkelkinder finanzieren. Verhaltensmuster wie immer mehr Parkplätze zu bauen, den motorisierten Verkehr zu fördern, die fossilen Brennstoffe zu bevorzugen, müssen aufgegeben werden. Umweltpolitische Massnahmen müssen im Interesse von zukünftigen Generationen ernsthaft angepackt werden.

Thomas Gruber, **SP-Fraktion**, teilt die Meinung der Grünen, dass es sich tatsächlich um ein mühsames Geschäft handelt. Es wurde zwei Jahre sistiert. Die Fraktion ist jetzt froh, dass es weiter geht. Es stellt sich die Frage, wie hoch der Wert dieses Labels einzuschätzen ist. Offensichtlich sind zwei Direktionen von dieser Thematik betroffen, die Direktion Bildung und Sport mit dem zuständigen Planungsamt und die für die Energiepolitik zuständige Vorsteherin der Direktion Bau und Liegenschaften. Stadtrat Gruber regt an, diese Aufteilung im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode zu überprüfen.

97. Interpellation I 10/2009 betreffend Stand Projekte Langsamverkehr im Agglomerationsprogramm

Fraktion Grüne vom 25. Juni 2009; Beantwortung

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, erklärt sich teilweise befriedigt.

Die Diskussion wird gewünscht.

Der **Rat** stimmt der Diskussion zu.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, bezieht sich auf die Antwort zu Frage 1. Es wird erwähnt, dass nicht davon auszugehen ist, dass der Bund den Subventionssatz für das Agglomerationsprogramm Thun kürzt, falls einzelne Massnahmen nicht ausgeführt werden. Dies scheint zu optimistisch zu sein. Im Dokument „Weisungen über die Prüfung und Mitfinanzierung der Agglomerationsprogramme der zweiten Generation“ steht, dass eine prozentuale Kürzung erfolgt, wenn einzelne Massnahmen nicht umgesetzt werden. Zur Antwort auf Frage 2: Aus isolierter, rein städtischer Sicht darf man sich freuen, dass die Stadt plötzlich 36 Mio. Franken sparen kann. Es fragt sich jetzt, ob das Datum des Inkrafttretens bei der Einreichung des Agglomerationsprogrammes schon bekannt gewesen ist. Ansonsten wäre der Betrag ja schon irgendwo budgetiert. Zur Antwort auf Frage 4: Hier hat Stadträtin de Meuron eine grundlegende Bemerkung zu machen. Es stellt sich die Frage, ob es zuviel verlangt ist, der Antwort eine Übersicht beizulegen, die aufzeigt, welches Projekt wen wie viel kostet und wo die Terminplanung der jeweiligen Projektierungsphase ersichtlich ist. Wenn das Ganze in sechs Wochen sowieso eingereicht werden muss, kann man wohl davon ausgehen, dass so eine Liste bereits besteht.

Max Sager, **SP-Fraktion**, ist mit der Beantwortung der Fragen 1 bis 3 mehr oder weniger zufrieden. Mit der Antwort auf die Frage 4 jedoch überhaupt nicht, da sie unklar und unverständlich formuliert ist.

Gemeinderätin Jolanda Moser macht darauf aufmerksam, dass das Agglomerationsreglement aus dem Jahr 2003 stammt. Damals wusste man vom neuen Strassengesetz noch nichts. Natürlich wurden die Kosten aber unterdessen wieder aus der Investitionsplanung gestrichen. Eine Liste der Massnahmen wurde vor ein paar Wochen an der gemeinsamen SAKO-Sitzung vorgestellt; diese ist aber immer noch mit Vorsicht zu geniessen. Die Kosten sind noch nicht definitiv und die Beiträge des Kantons noch unklar. Gemeinderätin Moser hofft, dass die Situation bis Ende Januar klarer ist. Sie bittet den Rat, sich den 27. Januar zu reservieren; um 19.00 Uhr findet zusammen mit dem Kanton im Hotel Seepark eine Informationsveranstaltung für die Parlamente der Gemeinden Thun und Steffisburg über das Projekt Bypass statt.

98. Interpellation I 12/2009 betreffend Verkehrsstaus bei der Einmündung von der Aarefeldstrasse auf dem Bahnhofplatz

SVP-Fraktion vom 25. Juni 2009 ; Beantwortung

Gemeinderätin Jolanda Moser informiert, dass der Teil der Mauer endlich abgebrochen wurde. Es war nicht einfach, alle Unterschriften der Eigentümergemeinschaft einzuholen. Man hat zwei Jahre daran gearbeitet. Geschäftsleute, welche die Situation beobachten konnten, haben ein positives Feedback gegeben.

Raphael Lanz, **SVP-Fraktion**, ist mit der Antwort zufrieden, nicht aber mit der Situation. Er verlangt keine Diskussion.

Mitteilungen

Die Stadtratspräsidentin verliest das Demissionsschreiben von Stadtrat Daniel Jacobsen per Ende 2009. Die Verabschiedung folgt Ende Jahr.

Die Stadtratspräsidentin macht auf die anschliessende Information über den Voranschlag 2010 aufmerksam, zu der alle Stadträtinnen und Stadträte eingeladen sind.

Eingänge

- Postulat betreffend Begegnungszone in der Unterstadt; SP-Fraktion vom 5. November 2009
- Postulat betreffend Sicherheitskonzept „Thun Süd“; SP-Fraktion vom 5. November 2009
- Postulat betreffend Massnahmen gegen Littering; SP-Fraktion vom 5. November 2009
- Postulat betreffend Umsetzung der umweltrelevanten Baubewilligungsaufgaben; Fraktion Grüne vom 5. November 2009
- Interpellation betreffend Randständigenszene und weiteren Problemgruppen in Thun; SP-Fraktion vom 5. November 2009
- Interpellation betreffend Sozialhilfe und Arbeit; SVP-Fraktion vom 5. November 2009
- Interpellation betreffend Littering; SVP-Fraktion vom 5. November 2009

Schluss der Sitzung: 18.30 Uhr

Die Stadtratspräsidentin:

Renate Begré

Der Stadtratssekretär:

Remo Berlinger